



Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

«Die Schweiz bleibt involviert»

Sicherheitsexperte Christian Nünlist erwartet, dass sich das EDA weiterhin um die Ukraine Krise kümmert.

Mit Christian Nünlist sprach Vincenzo Capodici

Basel hat keinen Durchbruch gebracht in der Ukraine Krise. Gab es wenigstens Fortschritte?

Die OSZE funktioniert nach dem Konsensprinzip. In Basel wollte eine Mehrheit der OSZE-Aussenminister die russische Aggression mit einer scharfen Erklärung geisseln. Erwartungsgemäss hat Moskau dagegen sein Veto eingelegt. Trotzdem führten in Basel alle Konfliktparteien informelle Gespräche. Dialog ist besser als kein Dialog.

Fast alle OSZE-Minister beschworen die bisher kaum wirksamen Minsker Vereinbarungen. Was spricht dafür, dass die Kämpfe enden?

Die Minsker Vereinbarungen bleiben die Grundlage für eine Lösung des Konflikts. Sie sind dank der direkten Beteiligung von Botschafterin Heidi Tagliavini der wohl grösste diplomatische Erfolg der Schweizer OSZE-Präsidentschaft.

Die OSZE will in der Ukraine die Zahl der Beobachter von 340 auf über 500 aufstocken. Können sie überhaupt etwas erreichen?

Sie dienen als «Augen und Ohren» der internationalen Gemeinschaft. Sie sollen auch die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sicherstellen. Während EU, Nato oder UNO im Ukraine Konflikt handlungsunfähig waren, gelang es der OSZE unter Schweizer Vorsitz, sich vor Ort und im Dialog mit Moskau für eine Deeskalation einzusetzen. Erstmals seit über zehn Jahren kam in der OSZE wieder eine Beobachtermission zustande. Das gelang nur, weil Didier Burkhalter Präsident Wladimir Putin davon überzeugen konnte.

Russland hat gegen die Prinzipien der OSZE verstossen. Hat die OSZE keine Möglichkeit, dies zu ahnden?

Die OSZE wird am Konsensprinzip festhalten, das gehört zu ihrer DNA. Der nach dem Georgienkrieg von 2008 erneute eklatante Bruch der OSZE-Prinzipien stellt die europäische Sicherheitsarchitektur infrage, an die wir uns seit 1990 gewöhnt haben. Historisch gesehen ist die OSZE aber keine «Schönwetterorganisation». Die OSZE entstand im Gegenteil als Dialogplattform zwischen zwei verfeindeten Blöcken im Kalten Krieg. Für die neue «Schlechtwetterfront» ist die OSZE also gut aufgestellt.

Welche Rolle wird die Schweiz 2015 in der Ukraine Krise spielen?

Aufgrund der 2011 erfolgten gemeinsamen Bewerbung mit Serbien für eine Art «Tandemvorsitz» für 2014/15 bleibt die Schweiz auch im nächsten Jahr involviert mit der Ukraine Krise. Das EDA dürfte sich auch künftig eng mit Deutschland absprechen, das ja 2016 den OSZE-Vorsitz übernehmen wird.

Beobachter sind skeptisch, weil das russlandfreundliche Serbien den OSZE-Vorsitz übernimmt. Zu Recht?

Serbien ist wie die Schweiz weder Mitglied der EU oder der Nato noch von Russlands Eurasischer Wirtschaftsunion. Die Präsidentschaft ist damit eine Chance, dass Belgrad sein Profil als Brückenbauer zwischen Ost und West schärfen könnte. Die Schweiz, Serbien und Deutschland dürften aber in der Summe für Kontinuität der Schweizer OSZE-Aktivitäten von 2014 sorgen.



Christian Nünlist

Der Historiker leitet am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich das Thinktank-Team «Schweizerische und Euroatlantische Sicherheit».

Analyse Die amerikanische Polizei setzt tödliche Gewalt nicht nur als letztes, sondern schon als vorvorletztes Mittel ein. Von Nicolas Richter, Washington

Eine Frage der Farbe

Ich kann nicht atmen: Das waren die letzten Worte des unbewaffneten, schwarzen New Yorkers Eric Garner, bevor er im Würgegriff eines weissen Polizisten starb. Dass der Polizist nicht einmal vor Gericht stehen wird, sollte das Rechtsempfinden jedes Menschen verletzen, der ein Rechtsempfinden besitzt. Leider überrascht der Fall nicht, er ist nur besser dokumentiert als viele vergleichbare Beispiele polizeilicher Exzesse und darauf folgender Straflosigkeit in den Vereinigten Staaten. Es hat mit Farbe zu tun: Nicht nur mit Schwarz und Weiss, sondern vor allem mit Blau, mit dem Privileg von Amerikas blau uniformierten Polizisten, die anscheinend weit über dem Gesetz stehen, das sie hüten.

Exzess und Straflosigkeit

Der Sauerstoff des Rechtsstaats ist dessen Unparteilichkeit, aber der Staat ist nicht unparteilich, wenn Polizisten schikanieren, misshandeln, töten. Schon gar nicht der Staatsanwalt, mit dem jede Strafverfolgung beginnt. Staatsanwälte sind auf Streifen- und Kriminalbeamte angewiesen, um erfolgreich zu sein. In den USA sind sie sogar unmittelbar vom guten Willen der Polizei abhängig: Vielerorts wählt das Volk die örtlichen Chefankläger. Wer diese Wahl gewinnen möchte, braucht Fürsprecher. Gehört die örtliche Polizeigewerkschaft nicht - oder nicht mehr - zu diesen Fürsprechern, wird es schwierig mit der Wahl oder mit der Wiederwahl.

Theoretisch kontrolliert eine Grand Jury den Staatsanwalt: Die Geschworenen sollen Beweise sichten und Zeugen

hören und dann über eine Anklage entscheiden. Aber sie sind eben Laien, und sie sind mit dem Staatsanwalt allein im Raum. Was auch immer ihnen dort vorgeführt wird: Der Staatsanwalt ist der Regisseur, er entscheidet, wie er die Fakten präsentiert, mit seinen Fragen beeinflusst er, was Zeugen sagen und wie sie es sagen.

Wenn es doch einmal zum öffentlichen Strafprozess kommt, entscheiden Richter und Geschworene selten gegen Polizisten. Sie sehen deren Taten meist gerechtfertigt durch Notwehr oder Nothilfe, und oft mag das durchaus richtig sein. In einem Land mit 300 Millionen Schusswaffen ist Polizeiarbeit grundsätzlich lebensgefährlich, und kein Beamter muss auf sich schiessen lassen, bevor er selbst schießt.

Nach dem Tod Michael Browns in Missouri und Eric Garners in New York allerdings muss man vermuten, dass die Polizei tödliche Gewalt nicht nur als letztes Mittel einsetzt, sondern schon als vorvorletztes. Dass am Ende nicht einmal eine Anklage folgt, liegt mancherorts auch am Gesetzgeber: In Missouri etwa wird tödliche Gewalt mit der Generalklausel erlaubt, sie müsse bloss objektiv vernünftig sein. Aus Sicht der Gerichte ist dann meist vernünftig, was der Polizist im Eifer des Gefechts gerade für notwendig hielt.

Inzwischen gefährden Exzess und Straflosigkeit den gesellschaftlichen Frieden, viele Schwarze demonstrieren mit den Worten: «Ich kann nicht atmen.» Dies beschreibt einen Rechtsstaat, der immer dann keine Luft kriegt, wenn er Polizisten verfolgen

soll. Als letzte Hoffnung - und Instanz - mag die US-Regierung bleiben, die als Hüterin der Bürgerrechte jeden Polizisten im Land anklagen darf, auch wenn sich die örtliche Justiz weigert. Aber es reicht nicht, wenn Washington ab und zu, wie jetzt nach dem Tode Browns und Garners, die Polizei der Polizei spielt.

Eher müssen die einzelnen Staaten ihre Polizeigesetze ändern, ihre Beamten besser ausbilden und unabhängige Sonderermittler einsetzen. Vielerorts aber, und besonders im Süden, dürfte Regierungen und Abgeordneten jedes Interesse fehlen. Sie vertreten überwiegend weisse Wähler, die sich vor Verbrechen fürchten. Die Männer in Blau sind da unantastbar.

Weiterer Todesfall

Proteste gegen Polizeigewalt

In Erinnerung an mehrere Fälle tödlicher Polizeigewalt gegen Schwarze liefen am Donnerstagabend (Ortszeit) Demonstranten mit erhobenen Händen durch New York und riefen «Keine Gerechtigkeit, kein Frieden» und «Rassismus tötet». Sie besetzten ganze Strassen und die Brooklyn Bridge. Derweil wurde aus Arizona ein neuer Fall bekannt: Dort erschoss ein weisser Polizist einen Schwarzen, weil er ihn für bewaffnet hielt. Der Beamte dachte, der 34-jährige Schwarze habe eine Waffe in seiner Tasche. Der Polizist war wegen vermuteter Drogendelikte im Einsatz, als es zur Auseinandersetzung kam und der Polizist zwei Schüsse abgab. In der Tasche des Schwarzen fand sich eine Packung mit Medikamenten, die auch als Aufputschmittel benutzt werden. (SDA)

fekt. Nun muss er sich Basel

stimmen mögen. Der Einfluss von Burkhalter und der OSZE sei tendenziell überverkauft worden, sagt Sommaruga. «Das war vor allem eine kommunikative Leistung des Aussendepartements.» Burkhalter habe gemacht, was in seiner Macht stand. «Aber hat das tatsächlich etwas verändert?»

Diesen letzten Punkt würde Didier Burkhalter wohl vehement bejahen. Als der Aussenminister am Freitagabend zum letzten Mal vor die Medien trat und die Ergebnisse der Konferenz präsentierte, da war ihm der Stolz anzusehen (und die Müdigkeit): «In Basel hat ein offener und ein nützlicher Dialog stattgefunden. Trotz den Spannungen hat man einander zugehört.»

Die Heimat ruft

Damit verabschiedet sich Monsieur Burkhalter wieder von der Weltbühne. Zur Freude der nationalen Politiker. «Ich bin froh, ist die Präsidentschaft nun vorüber. Das Amt war sehr zeitintensiv - nun hat Herr Burkhalter wieder mehr Zeit für die europapolitischen Fragen», sagt CVP-Nationalrätin und APK-Mitglied Elisabeth Schneider-Schneider. APK-Vizepräsident Roland Büchel (SVP) stimmt zu: «Burkhalter hat es gut gemacht. Aber es ist Zeit, dass er sich nun wieder auf sein Departement konzentriert.»

Vielleicht folgt nun die schwerste Zeit für den Aussenminister. Die Zeit nach dem Rampenlicht. Wenn es nicht mehr darum geht, die Mächtigen der Welt zu hofieren, sondern die eigenen Interessen durchzusetzen. Im Januar wird der Bundesrat seine Pläne zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative präsentieren, danach folgen harte Verhandlungen in Brüssel. Dass Burkhalter freundlich lächeln kann, schön reden und gekonnt Händeschütteln, das hat er in Basel bewiesen. Mehr aber noch nicht.

Anzeige

ROCKSTUD 1973

VALENTINO
GARAVANI

VIA SERLAS, 28 - ST. MORITZ

WWW.VALENTINO.COM